



HESSISCHER LANDTAG

01. 06. 2021

INA

Berichts Antrag

Fraktion der AfD

Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen

Die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen (HEAE) stand in den letzten Wochen wiederholt medial in der Kritik. Fünf Polizeibeamte, die in der Einrichtung regelmäßig ihren Dienst verrichten bzw. aufgrund der Polizeieinsätze regelmäßig vor Ort sind, berichteten von einer Überlastung der Einsatzkräfte, rechtsfreien Räumen und von einer konsequenten Missachtung der Corona-Schutzmaßnahmen. Die Vielzahl der sog. Ad-hoc-Einsätze und die zusätzlichen planbaren Einsätze in der HEAE führen dazu, dass die Polizeipräsenz in den ländlichen Lagen leide. Laut Aussage eines Polizeibeamten sind sie „manchmal wochenlang nicht in der Lage, im ländlichen Raum Präsenz zu zeigen“. Interne Dokumente, die dem „Gießener Anzeiger“ vorliegen, bestätigen die Aussagen der Polizisten. Weiter berichten die fünf Polizeibeamten von Kollegen, die sich schriftlich an den Regierungspräsidenten oder den Polizeipräsidenten wandten, aber keinerlei Rückmeldung der übergeordneten Führung erhielten.

Auch ehemalige Bewohner der HEAE kritisieren die Zustände in der Einrichtung. Sie berichten von einer „organisierten Desorganisation“. Kriminalität in Form von Gewaltdelikten, Drogenmissbrauch und Diebstählen lägen an der Tagesordnung.

Laut Gießener Anzeiger habe sich die Anzahl der gestellten Strafanzeigen verdreifacht und die Einsätze der Polizei vor Ort steigen stetig. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) attestiert dem Polizeipräsidium in Mittelhessen, dass ihre Polizeibeamten „mit Fehlzeiten von jeweils 30 Tagen im Jahr pro Beamter“ die höchsten Fehlzeiten im Bundesland aufweisen und die Polizei am Limit sei. Der Gießener Anzeiger titelte über die HEAE: „Dort hat nichts Konsequenzen“ oder „Drohender Kontrollverlust“.

Trotz der schwerwiegenden Schlagzeilen urteilt das zuständige Regierungspräsidium, dass die Sicherheit der Bewohner gewährleistet werden kann und „jedes straffällige Verhalten bringe man zur Anzeige“. Unbeantwortete Protestschreiben von Polizeibeamten an die übergeordnete Führung seien nicht bekannt. Auch der Polizeipräsident stellt fest, man sei „belastet, aber nicht überlastet“.

Bereits mit der Drucks. 20/2556 bat die AfD-Fraktion die Landesregierung erstmals um Stellungnahme zur HEAE Gießen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie viele Flüchtlinge sind aktuell in der HEAE Gießen untergebracht?
2. Wie viele der in der HEAE Gießen untergebrachten Flüchtlinge sind männlich oder weiblich? Bitte entsprechend der Anzahl geordnet auflisten.
3. Welche Staatsangehörigkeit besitzen die aktuellen Bewohner der HEAE? Bitte entsprechend der Anzahl geordnet auflisten.
4. Wie viele der Flüchtlinge sind seit ihrer Einreise nach Deutschland bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten? Bitte schlüsseln Sie Ihre Antwort nach Deliktart, Herkunftsland sowie Zugangsmonat zur HEAE auf.
5. Wie viele der in der o.g. HEAE untergebrachten Flüchtlinge haben keine Bleibeperspektive? Bitte schlüsseln Sie Ihre Antwort nach Herkunftsland sowie Zugangsmonat zur HEAE auf.

6. Wie viele der Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive sind seit ihrer Einreise nach Deutschland bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten? Bitte schlüsseln Sie Ihre Antwort nach Deliktart, Herkunftsland sowie Zugangsmonat zur HEAE auf.
7. Wann ist aus Sicht der Landesregierung eine rechtlich gesicherte Rückführung der in der o.g. HEAE untergebrachten Flüchtlinge, die keine Bleibeperspektive haben, möglich?
8. Wie hat sich die Anzahl der Delikte im Zuständigkeitsbereich der Polizeistation Gießen-Nord seit erstmaliger Inbetriebnahme im Jahr 2015 bis einschließlich 31. März 2021 entwickelt? Bitte schlüsseln Sie Ihr Antworten nach dem jeweiligen Jahr, Monat und Deliktart auf.
9. Falls ein Anstieg der Delikte im Zuständigkeitsbereich der Polizeistation Gießen-Nord zu verbuchen ist, ist dieser Anstieg auf die HEAE zurückzuführen? Bitte begründen.
10. Falls ein Anstieg der Delikte im Zuständigkeitsbereich der Polizeistation Gießen-Nord auf die HEAE zurückzuführen ist, um welche Delikte handelt es sich?
11. Welche Gründe sieht die Landesregierung als ursächlich für die steigende Zahl an Delikten durch Bewohner der HEAE an?
12. Falls die Landesregierung den sog. „Corona-Frust“ als Grund für einen Anstieg der Delikte sieht, wie erklärt die Landesregierung die Auswirkungen des Corona-Frusts auf die Bewohner der HEAE, wenn nach Aussagen der fünf Polizeibeamten die Corona-Schutzmaßnahmen von den Bewohnern nicht eingehalten werden?
13. Das Nichteinhalten der Corona-Schutzmaßnahmen wird als eine „typische Einsatzlage“ in der HEAE beschrieben. Welche konkreten Maßnahmen werden zur Einhaltung bzw. Durchsetzung der Corona-Schutzmaßnahmen ergriffen?
14. Wie beurteilt die Landesregierung die Nachhaltigkeit der in der HEAE getroffenen Maßnahmen, um die Corona-Schutzmaßnahmen auch dauerhaft durchzusetzen?
15. Welche konkreten Maßnahmen bzw. Konzepte werden zur Prävention zukünftiger Straf- und Gewalttaten sowie Ordnungswidrigkeiten in der HEAE und bei ihren Bewohnern durchgeführt?
16. Nach welchen Kriterien werden straffällig gewordene Bewohner der o.g. HEAE verlegt und wer trifft die Entscheidung?
17. Wie hat sich die Anzahl der Polizeieinsätze in der o.g. HEAE seit erstmaliger Inbetriebnahme der HEAE im Jahr 2015 bis einschließlich 31. März 2021 entwickelt? Bitte nach jeweiligen Jahr und Monat, Ad-hoc- und planbaren Einsätzen aufschlüsseln.
18. In wie vielen dieser Fälle musste eine zweite oder sogar mehrere Streifenwagenbesatzungen den eingesetzten Polizeibeamten bzw. Sicherheitskräften in der HEAE Unterstützung leisten?
19. Welche weiteren Polizeistationen, außer der zuständigen Pst. Nord, wurden zur Unterstützung von Einsatzmaßnahmen in der HEAE eingebunden?
20. Wie viele Polizisten waren pro Einsatz vor Ort? Bitte schlüsseln Sie auch diese Antwort nach den Monaten sowie den jeweiligen Polizeistationen auf.
21. Nach Aussage des Regierungspräsidiums Gießens wird jedes straffällige Verhalten zur Anzeige gebracht. Laut Aussage der fünf Polizisten werden sie „regelmäßig beleidigt, beschimpft, bedroht und bespuckt“. Diese Delikte hingegen werden nicht zur Anzeige gebracht, weil sonst „eine ganze Behörde allein damit beschäftigt“ wäre. Wie erklärt die Landesregierung die widersprüchliche Aussage des Regierungspräsidiums Gießen?
22. Die fünf Polizisten berichten darüber, dass scheinbar ein „Unwille der Justizbehörden“ verhindert, dass überführte Täter verurteilt werden. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, in wie vielen Fällen Bewohner der HEAE als Täter überführt worden sind, eine Verurteilung aber nicht erfolgte?
23. Falls Strafverfahren von überführten Tätern eingestellt wurden, wie wird dieser Umstand durch die Landesregierung bewertet und werden Möglichkeiten gesehen, dies zu ändern?

24. Bewertet die Landesregierung den aktuellen Personalkörper der Pst. Gießen-Nord (63 Beamte im Schichtdienst zzgl. einer die Polizeistation Gießen-Nord verstärkenden Streife) als ausreichend? Bitte begründen.
25. Wie beurteilt die Landesregierung den Umstand, dass die Polizeistation Gießen-Nord nach Aussage von fünf Polizisten teilweise wochenlang keine Präsenz im ländlichen Raum zeigen kann (hier Wettenberg, Biebertal, Lollar, Buseck und Staufenberg)?
26. Wie beurteilt die Landesregierung vor diesem Hintergrund und anhand welcher Kriterien die Sicherheit der im o.g. ländlichen Raum lebenden Bürger?
27. Wie viele Integrationskurse haben seit Inbetriebnahme der o.g. HEAE für die dort untergebrachten Flüchtlinge stattgefunden? Bitte nach Jahren aufschlüsseln.
28. Von wie vielen in der o.g. HEAE untergebrachten Flüchtlingen wurden die Integrationskurse seit Inbetriebnahme der o.g. HEAE wahrgenommen?
29. Auf welchen Betrag belaufen sich die Kosten für einen angebotenen Integrationskurs in der o.g. HEAE? Bitte nach Monat, Anzahl und Gesamtkosten des Integrationskurses sowie Kosten pro Flüchtling aufschlüsseln.

Wiesbaden, 1. Juni 2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe